Sitzungsunterlagen

5. Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration

17.09.2026

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente
Niederschrift (öffentlich) 5
Anlage 1 17
Anlage 2.0 Fragenkatalog_Integrationsmonitoring_und_Integrationsbericht 21
Anlage 2.1 Matrix_Integrationsrelevante_Produktgruppen 23
Anlage 2.2 Antwortschreiben 27
Anlage 3 Vielfalt gestalten_Präsentation Ergebnisdarstellung 29
Anlage 4 KI_Präsentation 37

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
29.10.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Soziale Stadtentwicklung
Schriftführung
Claudia Große
Telefon-Nr.
02202-141570

Niederschrift

Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
Sitzung am Donnerstag, 17.09.2026

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:33 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö **Öffentlicher Teil**

1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Mitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

5 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des ACI vom 23.06.2026**
0527/2026

6 **Vorstellung der Ergebnisse der qualitativen Erhebung durch Interviews und durch eine standardisierten Erhebung als Online-Befragung bei haupt- und ehrenamtlichen Fachkräften in der Integrationsarbeit.**
0566/2026

7 **Vorstellung des Kommunalen Integrationszentrums des Rheinisch-Bergischen-Kreises**
0565/2026

8 **Änderung der Geschäftsordnung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Bergisch Gladbach**
0394/2026/1

9 **Sachstandsbericht aus dem Bereich der Geflüchteten und Obdachlosen**
0516/2026

10 **Anträge der ACI Mitglieder**

11 **Anfragen der ACI Mitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Mitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Tollih eröffnet um 17:00 Uhr die 5. Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration in der XI. Wahlperiode und stellt fest, dass die Sitzung rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.
Für die heutige Sitzung des Ausschusses haben sich Frau Stauer (SPD-Fraktion), Herr Krasniqi, Herr Berger (Seniorenbeirat), Herr Hildner (CDU-Fraktion) und Frau Winkels (SPD-Fraktion) entschuldigt.

Frau Hussein vertritt Herrn Krasniqi.
Frau Malek-Przemus vertritt Herrn Hildner.
Frau Gitschier-Piepenbrock vertritt Herrn Berger.

Herr Demirhan fehlt.

Die Sitzung verlassen Frau Aghazadeh um 18:45 Uhr, Frau Opiela um 19:12 Uhr, Frau Klupp um 19:14 Uhr und Herr Gürster um 19:17 Uhr.

Herr Samirae verlässt kurzzeitig den Sitzungssaal von 18:51 bis 18:53 Uhr und Herr Dekker von 19:29 bis 19:31 Uhr.

Als Unterlagen zur heutigen Sitzung benennt Herr Tollih:

Die Einladung vom 04.09.2026 sowie folgende Tischvorlagen:

1. Antrag der Wählergemeinschaft „Alle für Bergisch Gladbach“: Änderungsanträge zur Beschlussvorlage 0394/2026/1

Der Änderungsantrag ist gestern um ca. 16.20 Uhr bei der Geschäftsstelle eingegangen und wird unter TOP Ö8 beraten

2. Antrag der Wählergemeinschaft „Alle für Bergisch Gladbach“: Sicherung der Daten der Wahlberechtigten der ACI Wahl 2026

Der Antrag ist ebenfalls gestern um ca. 16.20 Uhr bei der Geschäftsstelle eingegangen und laut § 4 der Geschäftsordnung des ACI nicht fristgerecht eingegangen, da Anträge spätestens 14 Tage vor der Sitzung eingereicht werden und mindestens von einem Fünftel der Mitglieder unterstützt werden müssen. Der Antrag ist nur von 3 Mitgliedern unterzeichnet und weist keine Dringlichkeit auf, so dass er in die Tagesordnung zur nächsten Sitzung übernommen wird.

3. Anfrage Die Linke: Auswirkung der Kürzungen bei Sprach- und Integrationskursen

Die Anfrage wird unter dem TOP 11 behandelt.

Der Vorsitzende stellt ferner fest, dass es keine Anträge zur Erweiterung der Tagesordnung gibt.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Der Vorsitzende fragt, ob es Anmerkungen oder Änderungsvorschläge zur Niederschrift der Sitzung vom 23. Juni 2026 gibt.

Herr Farzanehfar beanstandet, dass seine Anfragen aus den vorherigen Sitzungen nicht aufgenommen wurden, obwohl ihm eine Nachbesserung der Niederschrift zugesagt wurde.

Herr Dekker erklärt, dass er das Antwortschreiben auf seine Fragen, welche an den Bürgermeister und an die Mitglieder des Ausschusses gingen, mit Schreiben von gestern beantwortet wurden.

Herr Farzanehfar bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass seine Fragen und die hierzu gegebenen Antworten keine Aufnahme in die Niederschrift finden konnten, obwohl er mehrmals dieses gefordert hat.
Herr Tollih erklärt, dass die gesendeten E-Mails kein Bestandteil der Sitzung sind und deshalb nicht in der Niederschrift aufgenommen werden.

Herr Farzanehfar äußert erneut sein Anliegen, dass seine Fragen und Antworten in die Niederschrift aufgenommen werden.

Herr Dekker bestätigt die Aufnahme der Fragen und des Antwortschreibens ins nächste Protokoll.

Es erfolgt die Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift.

Die Niederschrift – nicht öffentlicher Teil – wird mit fünf Gegenstimmen genehmigt.

3. Mitteilungen des Vorsitzenden

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Muth berichtet aus dem Arbeitskreis der Hauptamtlichen in der Flüchtlingsarbeit, dem auch Habitat angehört. In diesem Zusammenhang informiert er über die Einrichtung einer digitalen Wissensplattform durch Habitat. Ziel der Plattform sei es, relevante Informationen für unterschiedliche Zielgruppen, insbesondere für Geflüchtete und Fachkräfte, gebündelt und digital zugänglich zu machen.

Er bittet darum, die Plattform bei Gelegenheit zu nutzen und Hinweise oder Ergänzungsvorschläge an Habitat weiterzugeben, da die Plattform fortlaufend weiterentwickelt und ergänzt werden soll. Hierzu kann der QR-Code auf dem herum gereichten Flyer gescannt werden. Die „Habitat-Wissensplattform“ ist auch auf der Homepage von Habitat zu finden, unter „Zusammen Zuhause schaffen Wohnungsvermittlung für Geflüchtete“.

5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des ACI vom 23.06.2026

0527/2026

Antwortschreiben auf die Anfrage von Lilit Khachatrian, siehe Anlage 1

Herr Samirae widerspricht der Auffassung der Verwaltung, wonach im Ausschuss nur Themen behandelt werden sollten, die unmittelbar von der Stadt gesteuert werden können. Er weist darauf hin, dass zwar der Bund über eine Verlängerung bzw. Nachfolgeregelung des § 24 Aufenthaltsgesetz entscheidet, die Folgen eines Auslaufens des vorübergehenden Schutzes jedoch unmittelbar die Kommune betreffen.
Insbesondere verweist es auf die derzeit 417 in städtischen Unterkünften lebenden Menschen aus der Ukraine. Ein Auslaufen des Schutzstatus im März 2027 hätte nach Auffassung des Ausschussmitglieds konkrete Auswirkungen auf die städtische Unterbringung, die Leistungsgewährung, die Schulen und die soziale Beratung und damit auf kommunale Aufgaben.
Zudem verweist er auf § 27 GO NRW, die vorsieht, dass sich der Ausschuss mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen kann. Herr Samirae bittet die Verwaltung, den Sachverhalt nochmals zu prüfen.

6. Vorstellung der Ergebnisse der qualitativen Erhebung durch Interviews und durch eine standardisierten Erhebung als Online-Befragung bei haupt- und ehrenamtlichen Fachkräften in der Integrationsarbeit.

0566/2026

Frau Fabienne Haßlöwer, als Prozessbegleiterin des ISI Instituts für soziale Innovation, stellt die Ergebnisse der qualitativen und quantitativen Erhebungen „Vielfalt gestalten“ vor. Näheres ist der Anlage zur Niederschrift zu entnehmen, in der die Präsentation von Frau Haßlöwer nachgelesen werden kann. Die Ergebnisse dienen als eine Grundlage für die Fortschreibung des Integrationskonzepts für den Zeitraum 2027 bis 2031.

Frau Opiela regt an, Informationen über bestehende Angebote der Migrations- und Integrationsarbeit besser zugänglich und aktuell bereitzustellen, um die Teilhabe zu erleichtern, eventuell zusammengefasst in eine App.
Frau Opiela berichtet aus der Integrationsarbeit von der Bereitschaft von Menschen mit internationaler Familiengeschichte, sich aktiv für die Stadtgesellschaft und die Stärkung der Demokratie einzusetzen.
Es wird angeregt, diese Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement bei der Fortschreibung des Integrationskonzepts stärker zu berücksichtigen.

Herr Farzanehfar bittet darum, die Präsentation der Niederschrift als Anlage beizufügen, da diese die Ergebnisse in komprimierter Form darstellt und damit übersichtlicher ist als die der Einladung beigefügten vollständigen Ergebnisse.

Herr Samirae fragt, ob zur Umsetzung mehrsprachiger Informationen im Rahmen von Komm- und Gehstrukturen bereits konkrete Maßnahmen oder Vorschläge zur Realisierung vorliegen.
Frau Haßlöwer erläutert, dass teilweise bereits konkrete Vorschläge und Wünsche aus den Befragungen vorliegen, diese jedoch teilweise noch abstrakt bleiben. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und deren Konkretisierung sei ein weiterer Schritt.
Herr Klein fragt, welche konkreten Erkenntnisse aus der vorgestellten Untersuchung für die Arbeit der Verwaltung abgeleitet werden können, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Einsparungen in den Bereichen, die in der Untersuchung als besonders wertvoll dargestellt werden.

Herr Muth erläutert, dass die Ergebnisse der Erhebungen in die Fortschreibung des Integrationskonzepts einfließen. Dabei sollen bestehende fachliche Inhalte überprüft und gemeinsam mit weiteren Erhebungen, unter anderem einer Befragung von rund 2.200 Jugendlichen, berücksichtigt werden. Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Stadt

sei jedoch kein Ausbau der Angebote zu erwarten. Vielmehr solle geprüft werden, ob die bestehenden Maßnahmen fachlich weiterhin richtig ausgerichtet seien und gegebenenfalls angepasst werden müssten.

Herr Farzanehfar fragt zur aufgeführten Liste der Organisationen und Einrichtungen, warum die Migrantenorganisationen nicht einzeln als Organisationen aufgeführt wurden.
Herr Muth erklärt, dass die Organisationen aus Gründen des Datenschutzes zusammengefasst dargestellt werden. Dadurch soll verhindert werden, dass Rückschlüsse auf einzelne Organisationen, Personen oder soziale Netzwerke möglich sind. Zudem sollte diese Liste nicht zu groß werden. So ist z. B. das Kommunale Integrationszentrum (KI) auch als Oberbegriff aufgeführt, obwohl sich hinter dem KI ebenso verschiedene Beteiligungsformen und Organisationen befinden.

7. Vorstellung des Kommunalen Integrationszentrums des Rheinisch-Bergischen-Kreises

0565/2026

Herr Björn Hesse berichtet über den aktuellen Stand des Kommunalen Integrationszentrums des Rheinisch-Bergischen-Kreises und stellt das Projekt „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ vor.
Herr Klein bittet um nähere Erläuterung, in welcher Form die Unterstützung des ACI konkret erfolgen kann.
Herr Hesse erläutert, dass die Unterstützung des ACI insbesondere im Rahmen der Ehrenamtsförderung erfolgen könnte. Darüber hinaus findet ein regelmäßiger Austausch mit den Vorsitzenden der ACI der anderen Kommunen im Kreis statt, um Erfahrungen auszutauschen, Ressourcen zu bündeln und die Arbeit der ACI weiter zu stärken.

Frau Opiela fragt an, ob es bei der Stadt Bergisch Gladbach noch eine KIM-Stelle vorhanden ist.
Herr Muth erläutert, dass es bei der Wiederbesetzung von geförderten Stellen die Vorgabe einer 90 % Finanzierung besteht. Diese Voraussetzung ist bei der KIM-Stelle nicht erfüllt. Daher wird nach einer anderen personellen Lösung gesucht.
Herr Hesse ergänzt, dass dem Land NRW bewusst ist, dass die Kommunen keine Gelder haben und gibt deshalb ab nächstem Jahr 1000,00 € dazu, d. h. die Förderung einer Vollzeitstelle KIM wird dann von 57.000,00 € auf 58.000,00 € angehoben. Ihm ist bewusst, dass dies nicht einer notwendigen Zuschusserhöhung entspricht, die aufgrund der Kostensteigerung sinnvoll wäre.

Frau Opiela nimmt Bezug auf die Ergebnisse der PISA-Studie und betont die Bedeutung von Sprache als Schlüssel zur Teilhabe. In diesem Zusammenhang fragt sie, ob eine Zusammenarbeit zwischen dem KI und den verschiedenen Sprachangeboten in der Stadt besteht.
Herr Hesse betont die Bedeutung einer engen Vernetzung der Akteure und erläutert, dass neue Projektideen zunächst mit bestehenden Angeboten und Strukturen abgestimmt werden. Eine vollständige Übersicht aller Angebote sei aufgrund der Vielzahl der Akteure nicht leistbar. Die Abstimmung erfolge daher insbesondere über bestehende Netzwerke und den regelmäßigen Austausch der hauptamtlich Tätigen.
Herr Muth ergänzt, dass in Gronau über das Netzwerk „Gronau-Hand“ ein enger Austausch zwischen Schulen, KI und weiteren Akteuren besteht. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit werden unter anderem Deutschförderung und Sprachkurse unterstützt. Zudem gibt er einen Hinweis auf eine geplante Schulaktion am 17.10.2026 um 9.00 Uhr, bei der die Räume der Grundschule Gronau gestrichen werden sollen und für die noch handwerkliche ehrenamtliche Unterstützung gesucht wird.

Herr Farzanehfar fragt nach den zur Verfügung stehenden Landesfördermitteln für eine Stelle zur Erhebung und Aufbereitung entsprechender Daten und möchte wissen, wie diese Mittel eingesetzt werden.
Herr Hesse erläutert, dass für den strategischen Overhead des KI 3,5 Personalstellen gefördert werden, derzeit jedoch nur zwei Stellen besetzt sind. Die vorhandenen Kapazitäten seien bereits durch die Koordination des Projekts sowie der Case-Managerinnen und Case-Manager in den

Kommunen gebunden. Eine zusätzliche Aufgabe zur Erhebung und Aufbereitung von Daten könne mit den vorhandenen personellen Ressourcen daher nicht übernommen werden.

Frau Opiela weist darauf hin, dass Menschen mit internationaler Familiengeschichte über vielfältige Kompetenzen und großes Engagement verfügen. Sie regt an, diese Potenziale stärker zu nutzen und auch niedrigschwellige, ehrenamtlich getragene Projekte zu ermöglichen und entsprechend zu unterstützen.

8. Änderung der Geschäftsordnung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Bergisch Gladbach

0394/2026/1

Herr Tollih verweist auf die Vorlage.

Herr Klein verweist auf die Synopse und gibt zu bedenken, dass über die Punkte der Änderungen zur Geschäftsordnung kein Austausch stattgefunden habe und er vorschlägt, den Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung zu vertagen und in einem Arbeitskreis darüber zu beraten. Herr Farzanehfar stimmt dem zu und stellt den Antrag, die Abstimmung zur Änderung der Geschäftsordnung zu vertagen.

Frau Bhattarchajee stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung und bittet um Unterbrechung der Sitzung, um sich untereinander zu beraten. Herr Tollih legt die Reihenfolge der Abstimmungen fest und bittet darum, erst über den Antrag zur Geschäftsordnung und dann über den Antrag von Herrn Farzanehfar abzustimmen.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit fünf Ja-Stimmen gegen fünf Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden **Beschluss:**

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung zur Beratung wird abgelehnt.

Dann bittet Herr Tollih um Abstimmung zum Antrag von Herrn Farzanehfar, die Abstimmung zur Änderung der Geschäftsordnung zu vertagen.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit acht Ja-Stimmen und zehn Nein-Stimmen folgenden **Beschluss**:

Der Antrag auf Vertagung der Beschlussvorlage zur Änderung der Geschäftsordnung wird abgelehnt.

Herr Samirae umreißt die einzelnen Anträge des Änderungsantrages zum Entwurf der Geschäftsordnung auf Grundlage der schriftlichen Vorlage. Herr Tollih erläutert, dass zu jedem Antrag des Änderungsantrages eine eigene Abstimmung erfolgt.

Herr Samirae und Herr Klein tragen der Reihenfolge entsprechend die Anträge vor. Herr Schmitz nimmt zu jedem Antrag aus Sicht der Verwaltung Stellung.

Antrag 1:
Herr Schmitz weist darauf hin, dass die Ein-Fünftel-Regelung in der Gemeindeordnung vorgesehen sei. § 48 der Gemeindeordnung regele die Festsetzung der Tagesordnung und sehe vor, dass entsprechende Vorschläge von einem Fünftel der Ratsmitglieder bzw. einer Fraktion aufzunehmen seien. Im Sinne der Einheitlichkeit der Ausschussbetreuung solle daher keine abweichende Regelung getroffen werden. Herr Schmitz spricht sich deshalb dafür aus, den vorgeschlagenen Passus in § 2 Abs. 1 beizubehalten.

Zu § 14 führt Herr Schmitz aus, dass die vorgeschlagene Änderung in der Geschäftsordnung des Rates auch für die Ausschüsse Anwendung finde. Er weist darauf hin, dass die vorgeschlagene Regelung auf der Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes beruhe, was der Synopse zu entnehmen sei.
(Herr Schmitz betont, dass es sich hierbei nicht um eigenständig festgelegte Regelungen handele, sondern dass diese der Einheitlichkeit der Verwaltungs- und Ausschussstruktur diene. Vor dem Hintergrund, der wiederholt angesprochenen begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen der Kommune halte er es für äußerst fragwürdig, hierfür zusätzliche Regelungen zu schaffen.)

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit acht Ja-Stimmen, neun Nein-Stimmen folgenden **Beschluss:**

Der Änderungsantrag 1 – Antragsrecht von Listen, Fraktionen und Gruppen - wird abgelehnt.

Antrag 2:
Herr Schmitz verweist zu diesem Punkt auf die Vorgabe der Muster-Geschäftsordnung des Landesintegrationsrates und führt aus, dass dort in § 4 Abs. 2 ebenfalls eine Frist von zehn Arbeitstagen vorgesehen sei.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit sechs Ja-Stimmen, zehn Nein-Stimmen folgenden **Beschluss:**

Der Änderungsantrag 2 – Fragerecht der Mitglieder - wird abgelehnt.

Antrag 3:
Herr Schmitz führt aus, dass die Aufnahme des Begriffs „Deckungsvorschlag“ in die Satzung über den Begriff der Finanzierung hinausgehe. Bei einem Deckungsvorschlag müsse bereits konkret aufgezeigt werden, aus welchen Mitteln die entsprechende Maßnahme finanziert werden solle. Ein Finanzierungsvorschlag könne hingegen auch ohne Kenntnis der konkreten Haushaltslage eingebracht werden. Aus diesem Grund halte er es für sinnvoll, an dem bisherigen Vorschlag festzuhalten.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit fünf Ja-Stimmen, zwölf Nein-Stimmen folgenden **Beschluss:**

Der Änderungsantrag 3 – Anforderungen an Anträge zur Sache – wird abgelehnt.

Antrag 4:
Die Verwaltung verweist auf die bereits geltenden Regelungen in der Geschäftsordnung für den ACI, sie ist wortwörtlich identisch.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit vier Ja-Stimmen, elf Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

Der Änderungsantrag 4 – Absetzung von Tagesordnungspunkten – wird abgelehnt.

Antrag 5:
Herr Schmitz erklärt, im Rat gebe es für Einwohnerinnen und Einwohner eine Einwohnerfragestunde. In den übrigen Ausschüssen sei ein entsprechendes Fragerecht, mit Ausnahme des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden, der einen besonderen Ausschuss darstelle, nicht vorgesehen.
Es wird die Frage aufgeworfen, warum ein solches Recht für den betreffenden Ausschuss eingerichtet werden solle. Die 13 direkt gewählten Mitglieder seien Vertreterinnen und Vertreter ihrer Bevölkerungsgruppe. Wenn jemand eine Frage habe, die vorgetragen werden solle, könne dies ebenso über die gewählten Vertreterinnen und Vertreter erfolgen. Dieses Recht bestehe weiterhin.
Abschließend wird ausdrücklich davor abgeraten, dem entsprechenden Passus zuzustimmen. Sollte dieser eine Mehrheit finden, müsste der Bürgermeister diesen beanstanden.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit fünf Ja-Stimmen, zwölf Nein-Stimmen folgenden **Beschluss:**

Der Änderungsantrag 5 – Fragerecht der Einwohnerinnen und Einwohner – wird abgelehnt.

Antrag 6:
Herr Schmitz führt aus, dass eine doppelte Erwähnung der Paragrafen nicht erforderlich sei, da diese bereits in der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung enthalten seien. Es wird von einem Doppelverweis abgeraten.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit fünf Ja-Stimmen, zwölf Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden **Beschluss:**

Der Änderungsantrag 6 – Beteiligung des Ausschusses an Vorlagen – wird abgelehnt.

Antrag 7:
Herr Schmitz erklärt zum Änderungsantrag A, das im Entwurf genannte Datum angepasst werde, sofern in der Sitzung ein entsprechender Beschluss gefasst wird.
Zu Punkt D verweist Herr Schmitz auf § 27 Satz 7 Satz 2 der Gemeindeordnung NRW und führt aus, dass der Ausschuss seine inneren Angelegenheiten durch eine Geschäftsordnung regle. Nach seiner Auffassung sei weder eine Zustimmung durch den Rat noch die Kenntnisnahme des Rates erforderlich. Dies entspreche auch der Mustersatzung des Landesintegrationsrates.
Zu Punkt B wird darauf hingewiesen, dass in der Sitzung vom 25.11.2025 eine Neufassung der bis dahin geltenden Geschäftsordnung beschlossen worden sei. Um rechtlich eindeutig zu regeln, welche Geschäftsordnung außer Kraft trete, schlägt er vor, ausdrücklich festzuhalten, dass die Geschäftsordnung für den Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach vom 14.06.2011 in der Fassung der geänderten Geschäftsordnung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration vom 25.11.2025 außer Kraft trete.
Zu Punkt 24 erklärt Herr Schmitz, dass eine entsprechende Änderung nach seiner Auffassung dazu führen könnte, dass nach Ausschöpfung der im Haushalt vorgesehenen Mittel keine Sitzungsgelder für die Arbeitskreise mehr gezahlt werden könnten.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit zwei Ja-Stimmen, dreizehn Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

Der Änderungsantrag 7 – Redaktionelle Berichtigungen – wird abgelehnt.

Hilfsantrag:
Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit fünf Ja-Stimmen, zehn Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden **Beschluss**:

Der Antrag, wenn bei den Änderungsanträgen 1 bis 7 keine Mehrheit gefunden wird, die Neufassung der Geschäftsordnung zu vertagen, wird abgelehnt.

Beschlussvorlage Ö8
Änderung der Geschäftsordnung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Bergisch Gladbach

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst mit elf Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen folgenden **Beschluss:**

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Geschäftsordnung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Bergisch Gladbach (ACI).
Die Geschäftsordnung wird auf das Beschlussdatum datiert.

9. Sachstandsbericht aus dem Bereich der Geflüchteten und Obdachlosen

0516/2026

Frau Werker verweist auf die Vorlage und teilt die aktuellen Zahlen mit.

Stand	**Erfüllungsquote FlüAG**	**Aufnahmeverpflichtung**
14.08.2026	92,41 %	137 Personen

Stand	**Erfüllungsquote Wohnsitzauflage**	**Aufnahmeverpflichtung**
23.08.2026	69,90 %	236 Personen

Zeitraum	**Anzahl angekündigte/aufzunehmende Personen**
März 2023 – Dezember 2023	252
Januar 2024 – Dezember 2024	348
Januar 2025 – Dezember 2025	216
Januar 2026	18
Februar 2026	0
März 2026	3
April 2026	9
Mai 2026	4
Juni 2026	3
Juli 2026	4
01.08. – heute	4
Gesamt (Stand: 31.08.2026)	861

Obdachlose Stand 31.08.:

Plätze insgesamt 194 (davon 16 Plätze in Notschlafstellen, 178 Plätze in Unterkünften)
aktuell Bewohnerzahl: 132
aktuell 34 Plätze aufgrund Sanierung/notwendiger Einzelbelegung nicht belegbar
=> 28 tatsächlich belegbare Plätze
davon 8 Plätze in den Notschlafstellen und 20 Plätze in den Unterkünften (2 Plätze für Frauen, 8 Plätze für Männer, 10 Plätze für Familien)

In den Monaten Mai 2024 bis Juli 2026 wurden 154 Personen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit kurzfristig in den städtischen Notschlafstellen untergebracht. Hiervon wurden 103 Personen dauerhaft in den städtischen Unterkünften aufgenommen.

Herr Samirae richtet zu diesen Zahlen Fragen an die Verwaltung, die Frau Werker beantwortet.

1. Wir halten 1.574 Plätze vor und davon sind 1.251 Plätze belegt. Das sind 323 freie Plätze. Gleichzeitig weist der Bericht eine Aufnahmeverpflichtung von 137 Personen nach dem FlüAG und 236 Personen nach der Erfüllung der Wohnsitzauflage, also insgesamt 373 Personen vor. Rechnerisch wäre damit unser Puffer aufgebraucht, sobald die Bezirksregierung die Unterfüllung abruft. Ist die Verwaltung darauf vorbereitet?

2. Die Wohnsitzauflage liegt mit der Quote bei 69,90 % und hat sich seit dem 1. Quartal nicht bewegt. Welche Maßnahmen laut der im Juni beschlossenen Unterbringungsstrategie wurden bisher umgesetzt?

3. Unbegleitete Minderjährige. Hier besteht eine Unterfüllung von 14 Plätzen mit einer Quote von 76 % und der Bericht nennt die Lage ausdrücklich sehr angespannt. Welche Kapazitäten fehlen dem Jugendamt?

4. Die Überschrift zu den Unterkunftskapazitäten nennt den Stand vom 11.05.2026. Die Zahlen stammen aber vom 23.08.2026 und es heißt unverändert wie im Juni, diese Plätze sind bis Sommer bzw. Herbst 2026 nicht belegbar. Jetzt ist es aber Mitte September und es wäre schön, wenn ein konkretes Datum genannt werden kann.

5. Zum Abschluss habe ich noch eine Verfahrensbitte: Die Vorlage benennt nur die Beratungsfolge für den ASWDG, nicht aber den ACI. Ich würde sie darum bitten, den ACI mit in die Beratungsfolge mit aufzunehmen.

Frau Werker beantwortet die Fragen:

zu 5: Die Beratungsrangfolge nehmen wir gerne mit auf.

zu 4: Es handelt sich hier um die Fertigstellung der Buchenallee. Hier kann noch kein konkretes Datum genannt werden. Es befindet sich noch im Umbau. Frau Werker wird sich diesbezüglich informieren.

zu 3: Beim Thema unbegleitete Minderjährige, Geflüchtete/Ausländer (UMAs) geht es um die stationäre Heimunterbringung im Rahmen der Jugendhilfe. Dort sind die Plätze rar bzw. belegt und das Jugendamt ist auf der Suche nach Plätzen, die schnell belegt werden können.

zu 2: Die Unterbringungsstrategie wurde noch nicht beschlossen. Sie wurde vertagt. Deshalb wurde davon noch nichts umgesetzt.

zu 1: Die Stadt Bergisch Gladbach würde die zugewiesenen Personen unterbringen können, aber nicht zu einem dauerhaft tragbaren Zustand, insbesondere weil die Hermann-Löns-Halle nicht zur Verfügung steht.

Auf die Nachfrage von Herrn Farzanehfar teilt Frau Werker mit, dass die Hermann-Löns-Halle seit dem 31.08.2026 nicht mehr zur Verfügung steht.

Er spricht an, dass die medizinische Versorgung kompliziert ist und mancher seine dringend benötigten Medikamente nicht erhalten habe. Frau Werker sind keine Fälle bekannt. Die Verwaltung nimmt dies zur Kenntnis.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

10. Anträge der ACI Mitglieder

Es liegen keine Anträge vor.

11. Anfragen der ACI Mitglieder

Herr Tollih verweist auf die Anfrage der Fraktion „Die Linke“ und teilt mit, dass diese durch die Stadtverwaltung schriftlich beantwortet wird.

Herr Farzanehfar spricht das Thema Datenschutz an. Einerseits werden gewisse Daten für eine Einladung zu einer Wahl nicht zur Verfügung gestellt und andererseits werden beim Ausländeramt die Namen beim Aufrufen digital auf der Anzeigentafel wiedergegeben. Bei der Erhebung wurden die Migrantenorganisationen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht namentlich benannt. Herr Farzanehfar schlägt vor, den Datenschutzbeauftragten zu einer Sitzung einzuladen.

Herr Muth erklärt, die Migrantenorganisationen sind bekannt. Es wurden die Netzwerke aufgeführt, weil diese im Kontext der Erhebung eine größere Bedeutung haben. Die Netzwerke wurden zum Teil auch im Ergebnisbericht der Erhebung genannt.

Herr Dekker teilt mit, dass Herr Kemmerling zuständig für den Datenschutz ist und lädt ihn gern ein und zur Handhabung der Ausländerbehörde kann nichts gesagt werden, dies liegt nicht in der Zuständigkeit der Stadtverwaltung. Herr Kemmerling ist nur für die Stadtverwaltung zuständig.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Redouan Tollih, Vorsitzender	Claudia Große, Schriftführerin

Teilnehmerverzeichnis
ACI Sitzung

Sitzungsort:	Sitzungstag:	Sitzungsdauer:
Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach	Dienstag, 17.09.2026	17:00 Uhr bis Uhr *(ö.T.: bis Uhr)*

Mitglieder

Name, Vorname	anwesend von – bis	Unterschrift
Aghazadeh, Niloofar	17.00 - 18.45	Niloofar Aghazadeh
Berger, Jürgen	entschuldigt	entschuldigt
Bhattacharjee, Michaela		
Demirhan, Hikmet		
Farzanehfar, Ramin		
Gürster, Ulrich	- 19.17	
Hildner, Thomas	entschuldigt	entschuldigt
Kaul, Alexander		
Khachatrian, Lilit		
Klein, Thomas Joachim		
Klupp, Martina	- 19.14	
Krasniqi, Kastriot	entschuldigt	entschuldigt
Opiela, Brigitta		
Sagredos-Tsirifis, Georgios Christos		
Samirae, Frank		

Santillán-Bagherzadeh, Halleh		
Shakil, Sarah		
Shehab, Ahmad		
Stauer, Ute	entschuldigt	entschuldigt
Tollih, Redouan		
Yayla, Beytullah		

~~Maitè Piernas, Gabriele~~

Stellvertretung			
Name, Vorname	**Stellvertretung für**	**anwesend von – bis**	**Unterschrift**
Kivilip, Helga	*Opiela Brigitta*		
Willnecker, Josef	*Gürster, Ulrich*		
Malek-Przemus, Gebriele	*Hildner, Thomas*		
Demircan, Cem	*Shakil, Sarah*		
Winkels, Berit	*Stauer, Ute*		
Eschbach, Collin	*Klupp, Edeltraud-Martina*		
Schöpf, Günther	*Kaul, Alexander*		
Çağdaş, Alev	*Farzanehfar, Ramin*		
Yayla, Alperen Hüseyin	Yayla, Beytullah		
Papandreou, Ioannis	Sagredos-Tsirifis, Georgios		
Gritschke-Pöpelow	J. Beyer SB		H. Gritschke-Pöpelow
Hussein Nesreen			

Stadt Bergisch Gladbach		
Name, Vorname	**anwesend von - bis**	**Unterschrift**
Kreutz, Marcel		
Dekker, Stephan		
Werker, Claudia		
Bilstein, Jennifer		
Muth, Thomas		
Mantziou, Athanasia		
Große, Claudia		
Schmitz, Willi		

Gäste		
Name, Vorname	**anwesend von - bis**	**Unterschrift**

Anfrage: Integrationsberichtes 2025

04.03.2026

Liebe Verwaltung,

anbei übersende ich einen strukturierten Fragenkatalog zur Erstellung der erforderlichen Inhalte für ein Integrationsmonitoring sowie einen Integrationsbericht. Ziel ist eine datenbasierte, transparente und steuerungsfähige Grundlage für die weitere integrationspolitische Arbeit.

Fragenkatalog zur Erstellung eines Integrationsmonitorings und Integrationsberichtes

1. Demografische Entwicklung & Wanderungsbewegung

• Entwicklung der Bevölkerung mit internationaler Familiengeschichte

• Zuzug / Wegzug

• Altersstruktur

• Herkunftsregionen

• Verteilung im Stadtgebiet

2. Arbeitsmarktintegration (Schwerpunkt)

• Erwerbsquote

• Arbeitslosenquote nach Migrationshintergrund

• SGB-II-Bezug

• Ausbildungsbeteiligung

• Übergang Schule → Beruf

• Anerkennung ausländischer Abschlüsse

• Anteil der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst in Bergisch Gladbach

3. Sprachförderung & Bildung

• Teilnahme an Sprachkursen

• Kita-Beteiligung

• Schulabschlüsse

• Förderbedarf

• Kooperation mit VHS / Integrationskursen

4. Antidiskriminierung & Teilhabe

• Anzahl gemeldeter Diskriminierungsfälle (aggregiert)

• Bestehende Beratungsstrukturen

• Schulungen in Verwaltung

• Interkulturelle Öffnung

• Beschwerdestrukturen

5. Sozialräumliche Integration / Wohnen

• Verteilung von Unterkünften

• Segregationstendenzen

• Übergang aus Unterkunft in Wohnraum

• Sozialraumprojekte

6. Integrationsbezogene Haushaltsmittel

• Übersicht aller integrationsrelevanten Produktgruppen

• Personalausstattung

• Fördermittel (Land/Bund/EU)

• Kommunale Eigenanteile

7. Umsetzung des Integrationskonzeptes 2020–2025

• Welche Maßnahmen wurden umgesetzt?

• Welche nicht?

• Welche Ziele wurden erreicht?

• Welche Zielindikatoren wurden zugrunde gelegt?

Ich bitte um Erstellung eines strukturierten Berichtes auf Grundlage dieser Punkte bis zur nächsten Sitzung.

Ramin Farzanehfar

Matrix – Integrationsrelevante NKF-Produktgruppen (Arbeitsfassung)

Kernintegration (direkter Integrationsbereich)

Produktgruppe	Bezeichnung	Integrationsbezug	ACI-Relevanz
05.530	Asyl und Integration	Direkt	Pflicht
05.520	Förderung von Diensten in fremder Trägerschaft	Direkt	Pflicht
05.510	Eigene soziale Dienste	Direkt	Pflicht
05.500	Hilfen für Menschen in Notlagen	Direkt	Pflicht
05.023	Beauftragte für Menschen mit Behinderungen	Antidiskriminierung	Pflicht

Soziale Integrationsketten / gesellschaftliche Integration

Produktgruppe	Bezeichnung	Integrationsbezug	ACI-Relevanz
06.570	Hilfen für junge Menschen und Familien	Stark	Sehr hoch
06.560	Kinder in Tagesbetreuung	Stark	Sehr hoch
06.550	Kinder-/Jugendarbeit und Familienförderung	Stark	Sehr hoch

Bildung / Kultur / gesellschaftliche Teilhabe

Produktgruppe	Bezeichnung	Integrationsbezug	ACI-Relevanz
03.400	Schulträgeraufgaben	Stark	Hoch
04.430	VHS / Weiterbildung	Stark	Hoch
04.410	Kulturförderung	Mittel	Mittel
04.420	Stadtbücherei	Mittel	Gering

04.440	Haus der Musik	Mittel	Gering
04.450	Kunst- und Kulturbesitz	Mittel	Gering
04.470	Stadtarchiv	Gering	Gering

Teilhabe / gesellschaftliche Infrastruktur

Produktgruppe	Bezeichnung	Integrationsbezug	ACI-Relevanz
08.490	Sportförderung	Mittel	Mittel
08.495	Sportstätten	Mittel	Gering

Stadtentwicklung / Sozialraum

Produktgruppe	Bezeichnung	Integrationsbezug	ACI-Relevanz
09.015	Zanders-Gelände / Innenstadt	Mittel	Gering
09.022 / 09.610	Stadtentwicklungsplanung	Mittel	Mittel
10.264	Wohnungswesen	Stark	Hoch

Verwaltungszugang / Antidiskriminierung / Steuerung

Produktgruppe	Bezeichnung	Integrationsbezug	ACI-Relevanz
01.010	Gleichstellung von Frau und Mann	Antidiskriminierung	Hoch
01.013	Öffentlichkeitsarbeit / Stadtmarketing	Mittel	Mittel
01.041	Digitalisierung	Mittel	Mittel
01.105	IT / Logistik	Gering	Gering
01.110	Organisations- und Personalmanagement	Mittel	Mittel

Weitere strukturell relevante Bereiche

Produktgruppe	Bezeichnung	Integrationsbezug	ACI-Relevanz
02.330	Bürgerbüro	Mittel	Mittel
02.340	Personenstandswesen	Mittel	Mittel
14.736	Umweltschutz	Gering	Gering
15.390	Märkte / Wirtschaft	Mittel	Mittel

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Ramin Farzanehfar
Milchborntalweg 13
51429 Bergisch Gladbach

FB 5 Jugend und Soziales

Konrad-Adenauer-Platz 9
51465 Bergisch Gladbach
Claudia Werker, 337
Telefon: (02202) 14 25 85
Telefax: (02202) 14 70 25 85
c.werker@stadt-gl.de

16. Sep 2026

Ihre Schreiben vom 25.08.2026 sowie vom 08.09.2026

Sehr geehrter Herr Farzanehfar,

gerne beantworte ich Ihre Fragen aus den im Betreff genannten E-Mails. Ich erlaube mir, Ihre beanstandeten Punkte und Fragestellungen zusammenzufassen:

1. Integrationsmonitoring: Hier verweise auf mein Schreiben vom 22.06.2026, indem ich Ihnen erläuterte, dass die notwendigen personellen Ressourcen für ein solches Monitoring nicht zur Verfügung stehen.

2. NKF Matrix: Auch wenn Sie beide Punkte inhaltlich voneinander getrennt haben, so muss ich die gleichlautende Antwort wie in Punkt 1 bereits beschrieben, erneut wiederholen. Für einen solchen Datenabgleich sowie eine Datenerhebung und Bündelung von Informationen der einzelnen aufgeführten Themengebiete fehlen verwaltungsseitig die personellen Ressourcen.

3. Beanstandung von Niederschriften: Sofern Sie Beanstandungen der Niederschriften haben, möchte ich Sie darum bitten, diese jeweils schriftlich oder mündlich jeweils bei der darauffolgenden Sitzung folgendermaßen einzubringen: 1) Benennung des Tagesordnungspunktes 2) Benennung der genauen Textstelle, wo Ihrer Meinung nach der Fehler zu finden ist. 3) Benennung der genauen Formulierung, wie der vorliegende Text korrigiert werden sollte. Dabei weise ich darauf hin, dass die Niederschriften der Sitzungen des ACI als Ergebnisprotokoll und nicht als Verlaufsprotokoll verfasst werden. Dies geschieht gemäß der Geschäftsordnung des ACI.

   Für die Einarbeitung in das entsprechende Textdokument ist es wichtig, nicht auf allgemeine Aussagen oder E-Mails zu verweisen, sondern den möglichst genau-

en Wortlaut zu benennen, der aus Ihrer Sicht in der Sitzung gefallen ist und der dann in dieser Form ergänzt werden sollte, da er für das Ergebnis der Beratungen von entscheidender Bedeutung ist!

Für die Niederschrift vom 04.03.2026 sind in der Geschäftsstelle des ACI Ihrerseits keine konkreten Änderungsvorschläge eingegangen, sondern ein allgemeiner Verweis auf zuvor versendete E-Mails. Aus diesem Grund konnte und kann das Protokoll nicht erneut im ACI abgestimmt werden. Hinzu kommt, dass diese Niederschrift mehrheitlich im ACI genehmigt wurde. Damit ist die Niederschrift demokratisch rechtsverbindlich bestätigt.

4. Erstellung der Tagesordnung: Die Tagesordnung wird gemäß des beschriebenen Verfahrens der gültigen Geschäftsordnung des ACI erstellt.

Ich hoffe, dass dieses Schreiben dazu beträgt, bestehende Prozesse und Fakten für Sie klarer und verständlicher darzustellen und dies somit die weitere konstruktive Zusammenarbeit erleichtert.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Stephan Dekker
Beigeordneter

ISI Institut für soziale Innovation

Im Auftrag und in Kooperation mit der Abteilung Soziale Stadtentwicklung der Stadt Bergisch Gladbach

Vielfalt gestalten

2027 – 2031: Für eine chancengerechtere Stadtgesellschaft
(Aktualisierung des Integrationskonzeptes 2020 – 2025)

Qualitative und quantitative Erhebungen zur Wahrnehmung des Zusammenlebens in Bergisch Gladbach

© 2026 ISI INSTITUT FÜR SOZIALE INNOVATION GMBH | WEIHERSTRASSE 7 | 40219 DÜSSELDORF

1

Ziele der Erhebungen

01 | Perspektiven und Bedarfe

Wie erleben Bürger*innen (besonders junge Menschen) das Zusammenleben, die Angebote und Teilhabe in Bergisch Gladbach?

02 | Fachpraxis spiegeln

Welche Gelingensfaktoren, Hürden und Entwicklungsbedarfe sehen Fachkräfte?

03 | Orientierung geben

Authentische Perspektiven und Originalstimmen aus der Bürgerschaft als Orientierungsgrundlage für Politik, Verwaltung und eine passgenaue Weiterentwicklung von Teilhabestrukturen

Kick-off-Workshop mit Vertreter*innen aus Verwaltung, Integrationsarbeit und sozialräumlicher Netzwerkarbeit:

- Befragungsziele geschärft
- Befragungsbogen abgestimmt
- Zielgruppen und Interviewformate geklärt

2

2

Befragungshintergrund und Erhebungsdesign

QUALITATIVE ERHEBUNG

15 Interviews – 54 Teilnehmende

- Mai bis Juni 2026
- **Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene** zwischen 6 und 27 Jahren
- Menschen **mit und ohne internationale Familiengeschichte** sowie Angehörige
- Zugänge über Einrichtungen, Netzwerke und Organisationen der Integrations-, Jugend- und Sozialarbeit
- 8 Einzel- und 7 Gruppeninterviews

ONLINE-BEFRAGUNG

39 Fachkräfte

- 22. Mai bis 15. Juni 2026
- **Haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte** aus den Bereichen Vielfalt, Teilhabe und Integration
  - **Integrationsarbeit, Jugendhilfe, Bildung, Sozialarbeit** (freie Träger sowie Stadt- und Kreisverwaltung)

Konvergentes Mixed-Methods-Design: qualitative Perspektiven der Bürger*innen und standardisierte Fachkräftebefragung werden systematisch zusammengeführt.

3

3

Einordnung der Ergebnisse

Was die Ergebnisse leisten

- **Betroffene und Beteiligte kommen zu Wort**
- Die Ergebnisse **machen unterschiedliche Lebenslagen, Erfahrungen und Zugänge zu Teilhabe** sichtbar
- **Übereinstimmungen und gemeinsame Entwicklungsbedarfe** werden erkennbar
- Die Befundlinien bilden eine **empirische Grundlage für die Aktualisierung des Integrationskonzeptes** 2027–2031

Die Ergebnisse spiegeln die Meinungen, Erfahrungen und Perspektiven der erreichten Befragten wider.
Die Erhebungen sind somit nicht repräsentativ für die gesamte Stadtbevölkerung von Bergisch Gladbach.
Die qualitative Auswertung erfolgte methodengeleitet und KI-unterstützt.
Gefördert durch das Landesprogramm „Teil.Sein.NRW“.

4

4

Zentrale Befunde

Menschen im Zentrum

Persönliche Beziehungen fördern gelingende Teilhabe

01

„Ich finde das passives soziales Lernen häufig unterschätzt wird. Wenn ich mit einer Gruppe Bowling spielen gehe, höre ich anderen zu. Als Zuhörerin lerne ich ganz automatisch neue Wörter und Redewendungen. Oft lerne ich viel mehr dadurch, dass wir uns einfach miteinander unterhalten – und meistens macht das sogar deutlich mehr Spaß."

„Wenn wir unterstützt werden, so was wie ein Betreuer haben, der uns hilft, unter den Armen greift."

5

5

Zentrale Befunde

Weiterentwicklung

Bestehende Angebote bilden eine tragfähige Grundlage

- Zugänglichkeit und Lebenslagenorientierung sind zentrale Entwicklungsfelder

01

„Ich habe irgendwann mitbekommen, dass das Projekt inzwischen nicht mehr so stark finanziert wird. Das finde ich wirklich schade, weil man in etwas investiert, dessen Wirkung man erst später sieht."

„Gerade jetzt bin ich berufstätig geworden. Und es gibt gewisse Tage, wo ich gerne teilnehmen möchte. Aber aufgrund meiner Arbeitszeit kann ich leider nicht."

6

6

Zentrale Befunde

Kommunikation — **Informationszugänge sind zentrale Voraussetzungen für Teilhabe**

Kooperation & Netzwerke — **Tragfähige Strukturen sichern eine nachhaltige Wirkung**

„Ich war im Rathaus, weiß ich nicht, was ich da gemacht habe. Unter Zufall, ich gucke immer gerne, wo ein Flyer oder so was hängt."

„Wir brauchen institutionsübergreifend eine koordinierte und verbindliche Zusammenarbeit, um die Teilhabe von zugewanderten Menschen zu stärken."

7

7

Zentrale Befunde

Quartiere — **Sozialräume gewinnen für Teilhabe an Bedeutung**

„Zentrale Fragestellung sollte die Vernetzung der Akteure und Zielgruppen in den einzelnen Stadtteilen sein."

„Mehr Jugendzentren, ich würde mir wünschen, dass es mehr Fußballplätze gibt."

„Ich meine, wenn man mit 16, 17 hier in Gladbach ist, kann man ja schlecht auf den Spielplatz gehen oder irgendetwas."

„Meiner Meinung nach, in Bergisch Gladbach gibt es viele Angebote, man kann hier einiges machen, aber es gibt auch vieles nicht. Zum Beispiel, wir haben viele Parks, aber keine Sportgeräte."

8

8

Zentrale Befunde

Vielfalt & Zusammenleben

Vielfalt und Chancengerechtigkeit bleiben gemeinsame Gestaltungsaufgaben

01

„Ich bin inzwischen älter und bekomme keine Arbeit mehr. Eigentlich würde ich aber gerne noch etwas tun. Ich wünsche mir Möglichkeiten, mit anderen Menschen zusammenzukommen und aktiv zu bleiben."

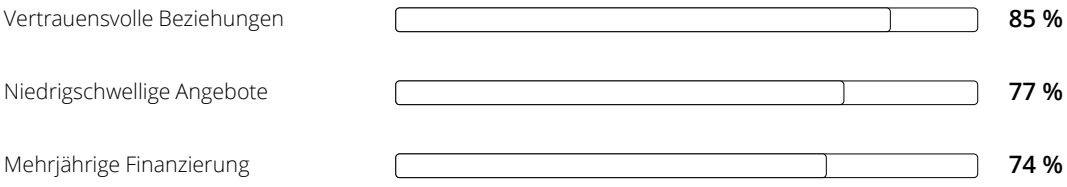
„Diese Vorurteile, die denken schon in Richtung vielleicht Ausländer. Das existiert. Man muss selbst ein bisschen starkes Herz haben. Wenn man da immer diese Kommentare indirekt bekommt, ist auch nicht so schön."

9

9

Was die Fachkräfte sichtbar machen

Gelingensfaktoren



Online-Befragung | n = 39 | Anteil der Fachkräfte mit Bewertung „sehr wichtig"

10

10

Zusammenfassung

1

Das Zusammenleben in Bergisch Gladbach wird überwiegend positiv erlebt

Begegnung, Nachbarschaft und gemeinsame Alltagserfahrungen werden geschätzt – persönliche Beziehungen sind der stärkste Gelingensfaktor.

2

Psychische und emotionale Belastungen, Diskriminierung und strukturelle Hürden erschweren Teilhabe

Sie sind unterschiedliche Risikofaktoren für Teilhabe und müssen in der Weiterentwicklung von Angeboten und Strukturen gemeinsam berücksichtigt werden.

3

Bestehende Angebote bilden eine tragfähige Grundlage – ihre Verstetigung ist zentral

Sie werden als wertvoll wahrgenommen, sind aber durch fehlende Kontinuität, Sichtbarkeit und Finanzierung in ihrer Wirksamkeit eingeschränkt.

11

11

Zusammenfassung

4

Zugang und Lebenslagenorientierung sind zentrale Entwicklungsfelder

Wer nicht erreicht wird, kann nicht teilhaben – das zeigen beide Erhebungen übereinstimmend. Zentrale Handlungsfelder: Sprache, Mobilität, Lebenslagenorientierung, Sozialraumgestaltung

5

Engagementpotenziale bieten Chancen und Ressourcen

Menschen möchten sich einbringen – als Ehrenamtliche, Vorbilder und Brückenbauer. Diese Potenziale können strukturell noch stärker aufgegriffen und unterstützt werden.

„Viele gewinnen dadurch, dass sie hier ehrenamtlich helfen, mehr Selbstvertrauen und merken, dass sie wirklich Teil der Gesellschaft sind."

„Eine verlässliche und klare Angebotsstruktur und die direkte Information der Zielgruppe erleichtern den Zugang."

12

12

Handlungsfelder im Überblick

Aus beiden Erhebungen abgeleitete strategische Handlungsfelder

01 | Menschen im Zentrum

Persönliche Beziehung und Begleitung stärken

Persönliche Beziehungen als zentrale Voraussetzung für Orientierung, Vertrauen und gelingende Teilhabe weiter stärken

02 | Angebote & Zugang

Bewährte Angebote sichern und lebenslagenorientiert weiterentwickeln

Bestehende Angebotslandschaft langfristig sichern und konsequent an den unterschiedlichen Lebenslagen der Bürger*innen ausrichten

03 | Strukturen & Kooperation

Tragfähige Strukturen und vernetzte Zusammenarbeit stärken

Die institutionellen Rahmenbedingungen für nachhaltige Integrationsarbeit weiterentwickeln und die Zusammenarbeit der beteiligten Akteur*innen stärken

11

13

Handlungsfelder im Überblick

04 | Quartiere

Sozialräumliche Teilhabe und Chancengleichheit in Quartieren fördern

Teilhabe wohnortnah ermöglichen und gleichwertige Chancen in allen Sozialräumen Bergisch Gladbachs unterstützen

05 | Vielfalt & Zusammenhalt

Vielfalt, Chancengerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt gemeinsam stärken

Vielfalt als gemeinsame Ressource weiter stärken sowie Chancengerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt nachhaltig fördern

12

14

Fabienne
Haßlöwer

Projektleiterin | Moderatorin
Prozessbegleitung für Beteiligungs- und Partizipationsprozesse

Telefon: 0152 072 202 57

E-Mail: f.hassloewer@isi-innovation.de

Website: www.isi-innovation.de



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

© 2026 ISI INSTITUT FÜR SOZIALE INNOVATION GMBH | WEIHERSTRASSE 7 | 40219 DÜSSELDORF

Kommunales Integrationszentrum Rheinisch-Bergischer Kreis

5. Sitzung
Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

Bergisch Gladbach, den 17.09.2026



Rheinisch-Bergischer Kreis

1

Kernaufgaben

Koordinierung und Vernetzung: Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure vor Ort gestalten, um das Zusammenleben in Vielfalt zu fördern.

Integration durch Bildung: Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen, von der frühen Förderung bis zum Übergang in den Beruf.

Seiteneinstiegsberatung: Beratung von neuzugewanderten Kindern, Jugendlichen und deren Eltern für den Schuleinstieg.

Interkulturelle Sensibilisierung: Einrichtungen des Regelsystems für die Belange zugewanderter Menschen sensibilisieren und qualifizieren.

Integration als Querschnittsaufgabe: Förderung von Chancengerechtigkeit und Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Kommunales Integrationszentrum Rheinisch-Bergischer Kreis

Rheinisch-Bergischer Kreis

2

Grundlagen

Die Arbeit der KI basiert auf:

- **Kreistagsbeschluss des RBK vom 20.12.2012** sowie mit der Kreispolitik abgestimmten Handlungskonzepten für die Arbeit des KI (alle 2 Jahre).
- **Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW (TIntG)** und entsprechenden Förderrichtlinien des Landes NRW, welche die Einrichtung der KI in allen Kreisen und kreisfreien Städten regeln. Förderung über die Landesministerien:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen

3

Amt für Bildung und Integration

Kommunales Integrationszentrum Rheinisch-Bergischer Kreis

Leitung (Björn Hesse)

Integration durch Bildung	Integration im Querschnitt	Kommunales Integrations-management (KIM)
Claudia Klein (Stellv. Leitung) **Bianca Boock** **Nina Schauries** **Barbara Grünjes-Zeilinger** **Ramihanur Özsoy Yılmaz** **Rabia Erkol** (Elternzeit)	**Melanie Schröder** **Gabriele Cremer** **Susanne Middendorf** **Ines Juhl** **Tania Ectors** **Marly Schmitz**	**Nita Jorjoliani** **Marianne Repschläger** **Berna Battal** **Leila Vahabi** **Oksana Tvardovska** **Kathrin van Dijk** **Leni Sedolli** (Duales Studium)

4

Familienbildung und Sprachförderung

- Griffbereit und griffbereitMINI:

  Familienbildung in der Elementarförderung durch Angebote für Kinder und Eltern

  Ziel: Erhöhung der Sprachkompetenz, Mehrsprachigkeit, Heranführung an die Regelsysteme KiTa und Schule

- Rucksack Schule:

  Sprachförderung, Mehrsprachigkeit und Elternarbeit in der Grundschule

- FIT:

  Sprach-Ferienintensivkurse für Kinder in der Erstförderung

Folie 5

Kommunales Integrationszentrum Rheinisch-Bergischer Kreis

Rheinisch-Bergischer Kreis

5

Seiteneinstiegsberatung neuzugewanderter Kinder und Jugendlicher

Zielsetzung:

Wir sind Lotse zur passenden Schule!

Angebote:

- Beratung für Kinder und Eltern (mit Sprachmittlung)
- Prüfung der Kompetenzen und Zeugnisse der Schülerinnen und Schüler
- Aufklärung über das deutsche Schulsystem
- Vermittlung an wohnortnahe Schule (i.d.R. Erstförderung)
- Organisation weiterer Unterstützung (falls notwendig)

Beratungszahlen:

2023	468
2024	499
2025	333
2026 (August)	150

Folie 6

Kommunales Integrationszentrum Rheinisch-Bergischer Kreis

Rheinisch-Bergischer Kreis

6

Präventionsarbeit / Demokratieförderung

Schule ohne Rassismus
Schule mit Courage
RHEINISCH-BERGISCHER KREIS

Regionalkoordination über das KI

- Kreisweite Netzwerke zur Förderung von Demokratiekompetenz und Prävention von Gewalt und Rassismus
- Unterstützungsangebote für Lehrkräfte bei Vorfällen im Schulalltag
- Durchführung interkultureller Sensibilisierungsseminare (Verwaltungen, Ehrenamt)
- Veranstaltungen für Bürger/innen (Interkulturelle Woche, etc.)

Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage im Rheinisch-Bergischen Kreis

Schule ohne Rassismus
Schule mit Courage
RHEINISCH-BERGISCHER KREIS

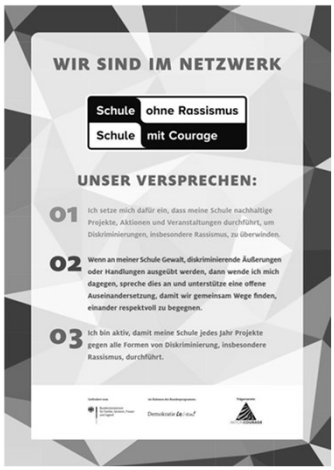
- größtes Schulnetzwerk in Deutschland: ca. 5000 Schulen (2,5 Millionen SuS)
- Nordrhein-Westfalen: über 1500 Schulen
- Rheinisch-Bergischen Kreis: aktuell 24 Schulen
- 12 Schulen in Bergisch Gladbach:

GGS Gronau	Johannes-Gutenberg Realschule
GGS An der Strunde	Nelson Mandela Gesamtschule
KGS In der Auen	Nicolaus Cusanus Gymnasium
Concordia Grundschule	Otto Hahn Gymnasium
Realschule Herkenrath	Gymnasium Herkenrath
Berufskolleg Bergisch Gladbach	Kaufmännisches Berufskolleg

Wofür steht das Netzwerk?

- Selbstverpflichtung:
  - aktiv gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule eintreten
  - bei Konflikten einzugreifen
  - regelmäßig Projekte und Aktionen
- Verantwortung tragen:

  Wir übernehmen Verantwortung für das Klima an unserer Schule, indem wir uns bewusst und aktiv gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden!



9

Aufgaben als Regionalkoordination

- Zusammenarbeit der Courage-Schulen im RBK fördern (Netzwerktreffen)
- Zum und im Bewerbungsverfahren beraten
- Unterstützung bei der Projektplanung
- Vermittlung von Referent*innen (u.a. zu Diskriminierung, Demokratieförderung Rassismus, und Zivilcourage)
- Beratende Ansprechperson bei Vorfällen: was sind die nächsten Schritte (Verweisberatung)
- Netzwerkarbeit Hauptamt – Ehrenamt – Schulen
- Durchführung Projekte für Lehrkräfte und Schüler*innen

10

Angebote des KI: SoR/SmC

Qualifizierungen für pädagogische Fachkräfte

- Februar: Netzwerktreffen aller Sek I und Sek II Schulen im RBK
- März: Grund- und Förderschulen Workshop zum Thema Adultismus
- Oktober: Grund- und Förderschulen NS Dokumentationszentrum Köln
- Dezember: Fachtag aller Sek I und Sek II Schulen im Regierungsbezirk

Aktionen für Schüler*innen

- März: Kinobesuch in Bensberg (300 SuS) „Kein Land für Niemand“
- Mai: Workshop von Terry Mandel – Wir alle tragen Geschichten in uns!
- Juli: Argumentationstraining gegen demokratiefeindliche Aussagen
- November: Workshop Ausbildung zum Courage-Coach

11



Neu: Präventives Väterprojekt

Gemeinsam aktiv – gemeinsam Vater sein

Das Sport-Angebot für alle Väter – egal welche Sprache, Herkunft oder wie fit du bist!

Was dich erwartet:

- **Sport & Bewegung: Zusammen fit bleiben und Spaß haben**
- **Austausch: Gespräche über Alltag, Familie, Beruf & Gemeinschaft: Neue Väter kennenlernen**

Wann: Jeden Mittwoch | 19:30 Uhr
Wo: Sporthalle des DBG Am Rübezahlwald 5, GL
Mitbringen: Sportkleidung & Getränke

Anmeldung: Kommunales Integrationszentrum
Melanie Schröder | 02202 - 132181 | ki@rbk-online.de
Kreissportbund RBK
Janik Pfeiffer | 02202 - 200376 | pfeiffer@ksb-rbk.de

12

Integration in Ausbildung und Arbeit

- Beratung und Unterstützung für Unternehmen im Rheinisch-Bergischen Kreis
  - Beschäftigung von zugewanderten Menschen
  - Anerkennung von Abschlüssen
  - Aufenthaltsrechtliche Situation
  - Arbeitsbegleitende Unterstützungsmaßnahmen & Sprachförderung
- Vernetzung und Informationsveranstaltungen für Behörden/Fachkräfte zu integrationsrechtlichen Rahmenbedingungen (Fachkräfte gewinnen: „Spurwechsel“)
- Arbeitsmarktintegration gemeinsam mit Kammern und Unternehmen gestalten
- Neu: International Get-Together Rhein-Berg

NRW integrativ

13

Vermittlung sprachlicher Unterstützung

- Über 60 ehrenamtliche Sprachmittler/innen.
- Einsatz in Gesprächen in Bildungseinrichtungen, Beratungsstellen und Behörden: 2025 über 650 Anfragen
- KI fördert durch: Vermittlung, Schulung, Weiterqualifizierung und fachliche Unterstützung von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern





14

Ehrenamt in der präventiven Integrationsarbeit

Ziel: Stärkung des ehrenamtlichen Engagements / von Vorhaben, die präventiv auf Herausforderungen in der Integrationsarbeit abzielen vor Ort in den Kommunen.

Heranziehung und Weiterleitung von Ressourcen.

Angebote:

- Förderprogramm „Ehrenamt in der präventiven Integrationsarbeit“
- Informationsveranstaltungen
- Förderung und Unterstützung der Ausschüsse für Chancengerechtigkeit und Integration (Bergisch Gladbach, Burscheid, Leichlingen) sowie von Migrantenorganisationen (MSOs)

Interkommunale Vernetzung der Integrationsarbeit der Behörden

Kommunales Integrationsmanagement (KIM):
Verbesserung und Abstimmung der Integrationsprozesse im RBK
(Lücken und Bruchstellen identifizieren und beheben)
Sicherstellung der Integrationsinfrastruktur im RBK
Hierfür:

Kommunales INTEGRATIONS Management NRW



Steuerung über Lenkungskreis (Kreisangehörige Kommunen, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Ausländerbehörde und Freie Wohlfahrt)



Case Management-Stellen im KI, bei den Kommunen und Freier Wohlfahrt



Stellen bei der ABH/EBH u.a. zur Beschleunigung der Einbürgerung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Björn Hesse
Leitung Kommunales Integrationszentrum
Amt für Bildung und Integration
Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Rübezahlwald 7 | 51469 Bergisch Gladbach
ki@rbk-online.de | 02202 13 2164

Kommunales
Integrationszentrum
Rheinisch-Bergischer Kreis



Rheinisch-Bergischer Kreis

17